

# Für eine gerechte und solidarische Welt

Entwicklungspolitische Leitlinien  
der Fraktion DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Inhalt

<b>Für eine gerechte und solidarische Welt – entwicklungspolitische Leitlinien der Fraktion DIE LINKE</b>	<b>3</b>
<b>1. Herausforderungen für linke Solidaritätspolitik</b>	<b>5</b>
Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und Antworten der Herrschenden	5
Imperialistische Freihandelspolitik	6
Wettlauf um Rohstoffe und Militarisierung der internationalen Beziehungen	6
Festung Europa	7
Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Durchsetzung neoliberaler Politik	7
<b>2. Widerstand und Alternativen aus dem Süden</b>	<b>10</b>
<b>3. Entwicklung in der Diskussion</b>	<b>12</b>
Hilfe – Unterstützung – Solidarität	12
Entwicklungszusammenarbeit: Anspruch und Wirklichkeit	13
Entwicklung für ein gutes Leben	14
<b>4. Globale Umverteilung von Reichtum und Macht – Handlungsfelder für eine sozialistische Entwicklungspolitik</b>	<b>16</b>
4.1 Kasino schließen – Finanzmärkte regulieren	16
4.2 Für faire Handelsbeziehungen	17
4.3 Rohstoffe für eine eigenständige Entwicklung nutzen	18
4.4 Solidarische Zusammenarbeit statt Bevormundung	19
4.5 Ernährungssouveränität durchsetzen	19
4.6 Reform der Vereinten Nationen und der Entwicklungsbanken	20
4.7 Aktive Friedenspolitik	21
4.8 Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen stärken	22
4.9 Andere Institutionen für eine solidarische Zusammenarbeit	23
4.10 Inlandsarbeit verstärken – anti-kolonial und anti-rassistisch	24
Gemeinsam für eine gerechte Welt – Alternativen aus dem globalen Süden aufgreifen	25

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender  
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Verfasser: Heike Hänsel, Annette Groth, Niema Movassat,  
Alexander King, Nicolai Röscher, Therese Wenzel

Stand: Mai 2013

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken  
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

# **Für eine gerechte und solidarische Welt –**

## **entwicklungspolitische Leitlinien der Fraktion DIE LINKE**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir verstehen Entwicklung als Entfaltung von individuellen und gesellschaftlichen Potenzialen hin zu mehr Autonomie, Selbstbestimmung und einem besseren Leben für alle. Eine so verstandene Entwicklung muss allen Menschen möglich sein. Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem steht dem jedoch entgegen.

Der globalisierte Kapitalismus und die damit verbundene Diktatur der Finanzmärkte führen weltweit zu sozialen Verwerfungen. In Europa erleben wir dies mit der gegenwärtigen Finanzkrise, auf die die Regierungen mit noch mehr Umverteilung zugunsten von Banken und großen Vermögen reagieren, während soziale und demokratische Rechte für die Mehrheit der Bevölkerung abgebaut werden. Dieselbe Politik, die hier Menschen entrechtet und enteignet, ist auch verantwortlich für Krieg, Hunger, Armut und Ausbeutung in den Ländern des Südens.

Das neoliberale Krisenmanagement stößt weltweit auf wachsenden Widerstand. Die sozialen Proteste in Europa nehmen zu. Die Länder des Südens streben zunehmend erfolgreich eine vom Norden unabhängige Entwicklung an, konkrete Alternativen werden vor allem in Lateinamerika erprobt. Aus diesen Widersprüchen schöpfen wir Hoffnung und Inspiration im Ringen um andere Entwicklungswege.

Entwicklungspolitik muss an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden und eine selbstbestimmte Entwicklung verhindern. Die deutsche und europäische Wirtschafts-, Finanz-, Rohstoff- und Handelspolitik müssen grundlegend verändert werden, damit eine selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern des Südens möglich wird.

Ohne eine Änderung der strukturellen Rahmenbedingungen bleibt Entwicklungspolitik ein Instrument zur Fortsetzung imperialistischer und neokolonialer Ausbeutung. Als Bundestagsfraktion DIE LINKE stehen wir vor der Herausforderung, die konkrete parlamentarische Arbeit unter den bestehenden Verhältnissen mit dem Ziel längerfristiger struktureller Veränderungen zu verbinden. Dass sich daraus in der politischen Praxis zum Teil Widersprüchlichkeiten ergeben, ist uns bewusst.

In den vorliegenden Leitlinien beschreiben wir zehn Handlungsfelder für eine sozialistische Entwicklungspolitik und legen Schwerpunkte unserer parlamentarischen Arbeit dar (Kapitel 4). Gleichzeitig wollen wir auch skizzieren, was grundlegend

schief läuft und verändert werden muss (Kapitel 1–3). Wir verstehen die Leitlinien als Angebot zur Zusammenarbeit an alle, die mit uns gemeinsam für eine solidarische und sozial gerechte Welt, für globale Umverteilung von oben nach unten eintreten wollen.

**Wolfgang Gehrcke**, Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik

**Heike Hänsel**, Entwicklungspolitische Sprecherin

**Annette Groth**, Menschenrechtspolitische Sprecherin

**Niema Movassat**, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

# **I. Herausforderungen für linke Solidaritätspolitik**

## **Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und Antworten der Herrschenden**

Die neoliberale Politik in den letzten drei Jahrzehnten hat die soziale Ungleichheit weltweit verschärft. Während in den Ländern des Südens weiterhin Millionen Menschen hungern und in Armut leben, haben neoliberale Reformen in Deutschland und anderen Industrieländern den Reichtum weiter konzentriert und die beschleunigte Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen verursacht. Ungeachtet der jahrzehntelangen Erfahrungen mit den katastrophalen Auswirkungen der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungsprogramme im Süden halten die multilateralen Kreditgeber an der Strategie restriktiver Kürzungsprogramme, an Privatisierungs- und Liberalisierungsaufgaben fest. Auch die Menschen in den europäischen Krisenländern haben nun darunter zu leiden. Im Bundestag lehnt nur DIE LINKE diese Politik konsequent ab.

Infolge der Deregulierung staatlicher Ordnungs- und Lenkungs Kompetenzen kam es weltweit zu einer wachsenden Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Mehr denn je werden die Gesellschaften vom Diktat der Finanzmärkte und Konzernlobbys beherrscht, demokratische Rechte in der Krise dramatisch abgebaut.

Zur Wirtschafts- und Demokratiekrise trat die ökologische Krise. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung und Klimawandel haben sich verstärkt. Der um ein Vielfaches größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industriestaaten, verbunden mit entsprechenden Emissionen klimaschädlicher Gase, ließ die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen, während soziale, wirtschaftliche und ökologische Risiken durch die Verlagerung umweltschädlicher Produktionsanlagen auf die Bevölkerungen des Südens abgewälzt werden. Eine konsequente Energiewende weg von fossilen Trägern und Atomkraft hin zum dezentralen Einsatz erneuerbarer Energien blieb bisher aus.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der alten wirtschaftlichen Zentren hat einerseits die Konkurrenz zwischen diesen um Absatzmärkte, Investitionsfelder und den Zugriff auf Rohstoffe im Süden verschärft. Der Wettlauf zwischen EU und USA um Freihandelsabkommen mit Ländern des Südens ist ein Beispiel dafür. Andererseits hat sie die geopolitische Machtverschiebung nach Osten – in Richtung China und seine Nachbarstaaten – beschleunigt. Mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) ist dem neoliberalen Kapitalismus der alten Zentren (EU, USA) eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen.

## **Imperialistische Freihandelspolitik**

Immer neue Märkte für europäische Unternehmen erschließen, den Zugriff der europäischen Industrie auf Rohstoffe sichern – mit dieser Zielsetzung verhandelt die EU-Kommission mit Ländern des Südens über Freihandelsabkommen. Von den Abkommen profitieren Konzerne in der EU. Ihre Lobbyverbände, internationale Anwaltskanzleien und Gutachter führen die Feder, wenn es um Ausgestaltung und Interpretation der Verhandlungsziele und Abschlüsse geht. Investitionsschutz für europäische Unternehmen soll in bilateralen und bi-regionalen Abkommen verankert werden. Der Schutz der Menschen vor Ort vor den Schäden, die im Rahmen solcher Investitionen entstehen, ist hingegen nicht vorgesehen.

Dienstleistungen in den Partnerländern und der öffentliche Beschaffungssektor sollen liberalisiert werden, damit europäische Unternehmen mitbieten können. Die Freihandelsabkommen werden die Entwicklungsunterschiede zwischen Nord und Süd und die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaften noch vertiefen und die Abhängigkeit festigen. Sie führen zur Verdrängung lokaler Produzenten und Dienstleister durch europäische Konzerne und zum Ausverkauf von Ressourcen und öffentlicher Daseinsvorsorge. Investitionsschutzabkommen sorgen außerdem dafür, dass im Süden erzielte Gewinne abzugsfrei in den Norden transferiert werden können. Schuldendienst, Gewinnabflüsse, unfaier Handel: Die Kapitalströme von Süd nach Nord übersteigen die von Nord nach Süd nach wie vor bei weitem – aller Entwicklungs-»Hilfe« zum Trotz.

Derzeit verhandelt die EU mit Indien über ein Freihandelsabkommen. Mit einigen arabischen Staaten wurden gerade Verhandlungen aufgenommen. Abkommen mit Kolumbien und Peru sowie mit Zentralamerika wurden bereits abgeschlossen. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den afrikanischen und pazifischen AKP-Staaten stehen kurz vor dem Abschluss. In den Verhandlungen geht die EU äußerst grob vor, erpresst ihre Verhandlungspartner mit dem angedrohten Entzug von Entwicklungshilfe und Handelspräferenzen.

Freihandel richtet nicht nur im Süden großen Schaden an: Er entfesselt die Standort-Konkurrenz und bedroht damit die Rechte der Lohnabhängigen, nicht nur im Süden, sondern auch hier. Die EU unterläuft außerdem systematisch die dringend notwendige Regulierung der Finanzmärkte, indem sie in die Abkommen weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen aufnimmt – als ob es nie eine Weltfinanzmarktkrise gegeben hätte.

## **Wettlauf um Rohstoffe und Militarisierung der internationalen Beziehungen**

Im Oktober 2010 veröffentlichte die Bundesregierung ihre Rohstoffstrategie. Die Strategie war im Rahmen des sogenannten Rohstoffdialogs in enger Abstimmung mit der deutschen Wirtschaft entwickelt worden. Wie eng – das wird deutlich, wenn man das bereits im Juni 2010 veröffentlichte Strategiepapier »Für eine strategische

und ganzheitliche Rohstoffpolitik« des Bundesverbands der Deutschen Industrie danebenlegt. Beide Papiere zielen darauf ab, der deutschen Industrie den uneingeschränkten Zugriff auf in anderen Ländern lagernde Rohstoffe zu ermöglichen – durch die vollständige Liberalisierung des globalen Handels mit Rohstoffen und den Abbau investitionssteuernder Instrumente in den Rohstoffländern.

Gewinnung und Vermarktung von Rohstoffen führen vielfach zu sozialen Verwerfungen, verstärken Korruption und erzeugen in den Rohstoffländern Konflikt- und Kriegssituationen oder heizen solche an. In der Demokratischen Republik Kongo fielen in den letzten Jahren – fast unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit – hunderttausende Menschen dem Krieg um Rohstoffe zum Opfer. Um die Verteilung von Rohstoffen werden zunehmend auch internationale Kriege geführt, wie im Irak, in Afghanistan, in Libyen oder zuletzt in Mali. Die im Mai 2011 vorgestellten verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung formulieren explizit, der Zugang der deutschen Wirtschaft zu Rohstoffen und ihren Vertriebswegen sei deutsches Sicherheitsinteresse und im Zweifelsfalle militärisch durchzusetzen. Rund 1.600 Mrd. US-Dollar werden weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben, ein Vielfaches des finanziellen Einsatzes für die Bekämpfung von Hunger und Armut.

### **Festung Europa**

Globale Ungerechtigkeit, wie sie sich im Weltwirtschaftssystem, in Handelsabkommen und in den asymmetrischen politischen Beziehungen zwischen Nord und Süd ausdrückt, ist die Hauptursache für die unfreiwillige Migration von Tausenden von Menschen auf der Suche nach Arbeit, einem Auskommen oder einfach dem nackten Überleben. Der überwiegende Teil der weltweiten Migrationsbewegungen spielt sich innerhalb des Südens ab. Doch viele Menschen machen sich auch auf den gefährlichen Weg nach Europa, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive sehen. Ihr Weg in die EU wird durch die Seekontrollen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX immer gefährlicher. Viele Menschen sterben jährlich an den Außengrenzen der EU.

Flüchtlinge, die Europa erreichen, werden vor dem Hintergrund von Krise und Zukunftsangst Opfer von rassistischen Kampagnen. Zugleich führt gerade in den Krisenländern die unter deutscher Federführung von der Troika auferlegte Kürzungspolitik dazu, dass die Verwaltung gar nicht mehr in der Lage ist, die Asylanträge zu bearbeiten. Extrem rechte Positionen finden Eingang in den gesellschaftlichen Mainstream, wie die Wahlerfolge faschistischer Parteien in Süd- und Osteuropa zeigen.

### **Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Durchsetzung neoliberaler Politik**

Über Jahrzehnte wurden Entwicklungsstrategien, die in den Industrieländern erarbeitet worden waren, in den Ländern des Südens umgesetzt. Diese Strategien haben vielfach Entwicklung verhindert, bestehende Ungleichgewichte verstärkt und zu wachsender Abhängigkeit beigetragen. Auch heute, inmitten der offensicht-



lichen Krise des neoliberalen Wirtschaftsmodells, versuchen die Bundesregierung und die EU, ihr gescheitertes Modell in die Länder des Südens zu exportieren. Ausgerechnet die Bundesregierung und die EU wollen ihre Partnerländer im Süden über gute Regierungsführung und makroökonomische Stabilität belehren. Sie verknüpfen Entwicklungszusammenarbeit und Handel mit Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung.

Jahrhundertelange koloniale Ausbeutung und die gegenwärtige neoliberale, postkoloniale Weltwirtschaftsordnung sind für die Entwicklungsunterschiede zwischen den Industriestaaten im Norden und den Ländern des Südens verantwortlich. Auch über 50 Jahre nachdem viele ehemalige Kolonien ihre Unabhängigkeit erreichten, setzen sich im Verhältnis zwischen Nord und Süd koloniale Dominanzverhältnisse fort, die eine sozial und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Südens erschweren.

Eine Verantwortung des Nordens für die Armut im Süden wird von den sogenannten Geberländern jedoch nicht übernommen. Stattdessen sollen die Länder des Südens selbst schuld sein: Eilfertig werden ihnen Korruption und schlechte Regierungsführung vorgeworfen. Entsprechend konzentrieren sich die Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit nicht auf die Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen, sondern auf die Durchsetzung von noch mehr Marktwirtschaft – etwa wenn die massenhafte Gründung von Kleinunternehmen als Allheilmittel für die Armutsbekämpfung angeboten wird oder private Konzerne am Aufbau von sozialen Sicherungssystemen beteiligt werden.

Zunehmend wird die Entwicklungszusammenarbeit absichtlich an den staatlichen Strukturen der Partnerländer vorbeigeplant – private Stiftungen und Konzerne treten dabei als neue Partner der Geberländer auf. Sie nehmen an internationalen Konferenzen teil, schließen Kooperationsabkommen mit Geber-Regierungen ab, steigen über öffentlich-private Partnerschaften, die insbesondere von der Bundesregierung gefördert werden, in gewinnträchtige Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Die in den letzten zwei Jahrzehnten rapide gestiegene Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) übernehmen – oft durch Entwicklungsgelder subventioniert – in vielen Ländern des Südens mittlerweile staatliche Aufgaben, insbesondere in der Grundversorgung und Daseinsvorsorge – Bereiche, die zuvor durch Strukturanpassungsmaßnahmen auf staatlicher Seite massiv gekürzt wurden. Internationale NGOs, in der Regel aus dem Norden und oft abhängig von staatlichen Zuwendungen, nehmen zunehmend an Verhandlungstischen Platz und bestimmen Agenden mit.

Für die herrschende Politik ist Entwicklungszusammenarbeit vor allem eines: ein riesiger Markt. Von Energie bis Klimaschutz – überall sollen neue Märkte für die deutsche Wirtschaft erschlossen werden. Entwicklungspolitik, so wie sie die Bun-

desregierung versteht, steht damit nicht nur im Dienste deutscher Wirtschaftsinteressen, sondern ist selbst wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen. Entsprechend verlief die Fusion von GTZ, DED und InWEnt zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die sich nun als »Global Player« auf dem Entwicklungsmarkt präsentiert und mit Rekordumsätzen prahlt. Fortschrittliche Ansätze aus den GIZ-Bestandteilen DED und InWEnt drohen auf der Strecke zu bleiben.

Weder im Kabinettsbeschluss zur Fusion der GIZ und ihrem Leitbild, noch im entwicklungspolitischen Konzept des BMZ ist von Armutsbekämpfung die Rede, dafür umso mehr von deutschen Wirtschaftsinteressen. Die Vorstellung der Bundesregierung, freie Märkte führten zu mehr Investitionen und diese zu mehr Entwicklung, hat sich schon in den 80er und 90er Jahren nicht erfüllt. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise der EU ist dies noch abwegiger.

## 2. Widerstand und Alternativen aus dem Süden

Der Protest gegen globale Ungerechtigkeit nimmt zu. Die Linke in Europa konnte zuletzt beachtliche Erfolge bei Wahlen in Süd- und Osteuropa erzielen. Dennoch: In der Krise ist es den wirtschaftlichen Eliten bislang gelungen, ihre Interessen zu wahren. Sie werden durch die Proteste noch nicht ernsthaft erschüttert. Es sind derzeit weniger die Protestierenden in Europa, sondern vielmehr konkrete Alternativen aus dem Süden, die dem Finanzkapitalismus seine Schranken aufzeigen und auf seine mögliche Überwindung deuten.

- Lateinamerika ist im Aufbruch. Nach den finsternen Jahrzehnten der Militärdiktaturen und vom Internationalen Währungsfonds diktierten neoliberalen Ausplünderungspolitik sind in vielen lateinamerikanischen Ländern in Wahlen linke und Mitte-Links-Regierungen an die Macht gekommen, die auf demokratische Partizipation aller Bevölkerungsteile, auf sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Wohlfahrt setzen. Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse werden neue Formen der politischen Teilnahme und soziale Rechte verankert. Als Mechanismus zur Umverteilung werden in Venezuela und Bolivien Einnahmen aus dem Rohstoffreichtum zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen eingesetzt. Der Staat übernimmt wieder die Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige wie Energieversorgung oder Transport.
- Die neuen politischen Kräfteverhältnisse in Lateinamerika verändern die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern untereinander und zum Norden. Mit dem regionalen, antiimperialistischen Integrationsprojekt ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) bietet sich eine Alternative zu den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen an. Die Gemeinschaftswährung des Sucre wird die ALBA-Staaten weniger anfällig für die Folgen der andauernden Weltwirtschaftskrise machen. Dem Prinzip der Komplementarität verpflichtet, zeigen die linksorientierten Staaten Mittel- und Südamerikas, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Vorteil – ohne Ausplünderung und Ungerechtigkeit – funktionieren kann. Für DIE LINKE verknüpft sich damit die Hoffnung auf einen konkreten Gegenentwurf zur herrschenden Weltwirtschaftsordnung.
- In aufstrebenden Wirtschaftsmächten, in denen Marktwirtschaft mit staatlicher Regulierung und Planung kombiniert wird, konnten erhebliche Fortschritte in der Armutsbekämpfung erzielt werden. Als Fraktion DIE LINKE verteidigen wir die Elemente staatlicher Planung in diesen Ländern gegen Versuche der EU, über bilaterale Handelsabkommen oder Klagen vor der WTO Liberalisierung zu erzwingen, und begrüßen den Verbleib bzw. die Rückführung strategischer Industrien unter staatliche Kontrolle. Zugleich sehen wir die Entwicklung dort als ambivalenten Prozess, in dem Kompromisse mit mächtigen Konzerninteressen

eingegangen werden und in dem kein Bruch mit der Profitlogik stattfindet. Entsprechend kritisieren wir, dass diese Entwicklung einhergeht mit beschleunigtem Raubbau an der Natur und erhöhter Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

- Der Aufstieg von Ländern wie Brasilien, Indien, China und Südafrika bringt einerseits neue Dominanzverhältnisse hervor, eröffnet zugleich aber auch Chancen für eine neue Süd-Süd-Zusammenarbeit. Weitgehend unabhängig von IWF und anderen Geber-dominierten Banken und ohne neoliberale Auflagen können Länder des Südens untereinander Kredite aufnehmen. Modelle für eine neue Finanzarchitektur werden auf regionaler Ebene entwickelt, die Dominanz von Dollar und Euro im Weltwährungssystem offen in Frage gestellt. Gemeinsam streiten die Länder des Südens zunehmend erfolgreich um bessere Repräsentanz in internationalen Gremien und Entscheidungsprozessen.

Im Frühjahr 2013 fand das nunmehr 11. Weltsozialforum (WSF) statt. Dieses Mal in Tunis. Damit drückten soziale Bewegungen und Organisationen der globalen Zivilgesellschaft ihren Anspruch aus, Umwälzungen, wie sie in den beiden vergangenen Jahren in Nordafrika stattgefunden haben, solidarisch zu begleiten und diejenigen Kräfte zu unterstützen, die sich in diesen Umbruchsituationen für einen sozialen Wandel und umfassende Demokratisierung einsetzen.

Das WSF ist Ausdruck und Verstärker des Protestes gegen die undemokratische Ballung von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen Weniger und gegen die zerstörerischen Triebkräfte der globalen Marktwirtschaft. Es fand erstmals 2001 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre statt und entwickelte sich zu einem bedeutenden Forum der Globalisierungskritik, auf dem zehntausende Menschen Erfahrungen aus sozialen Kämpfen in unterschiedlichsten Teilen der Welt austauschen.

In Afrika gehen Menschen seit Jahren gegen die EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und für die Herstellung und Förderung von Ernährungssouveränität auf die Straßen. Sie wehren sich gegen den Raubbau an ihren Ressourcen durch transnationale Konzerne, gegen korrupte und autoritäre Eliten und bauen – wie aktuell in Senegal – eine zivilgesellschaftliche Gegenmacht auf. In Lateinamerika begleitete das WSF den sozialen und demokratischen Aufbruch, der sich in Lateinamerika seit den 90er Jahren als Abkehr von der neoliberalen Hegemonie vollzieht und der dort zur Regierungsübernahme linker Parteien geführt hat.

Die Fraktion DIE LINKE will soziale Bewegungen nicht vereinnahmen, aber mit ihnen zusammenarbeiten, ihre Kritik aufnehmen und parlamentarisch verstärken. Wir nehmen deshalb als Beobachter an den Foren teil, beteiligen uns an den Diskussionen und nutzen die Treffen für weltweite Vernetzung. Die Weltsozialforen, auf denen Menschen aus dem Norden und Süden aufeinandertreffen, sind für uns Ausdruck dessen, dass wir einen gemeinsamen Gegner haben: das kapitalistische Wirtschaftssystem, das Reichtum und Armut erzeugt – im Norden wie im Süden.

### 3. Entwicklung in der Diskussion

#### **Hilfe – Unterstützung – Solidarität**

Nach dem Zweiten Weltkrieg und unter dem steigenden Druck weltweiter Dekolonisierungsbewegungen wurde zunächst von den USA und später auch von europäischen Ländern eine staatliche Entwicklungsmission begonnen. Sie zielte im Kalten Krieg darauf ab, den Einfluss der UdSSR auf die Länder des Südens zu schwächen. Zugleich ging es und geht es bis heute um die Verteidigung eigener Wirtschaftsinteressen, Außenwirtschaftsförderung durch die Schaffung von guten Investitionsbedingungen und die Erschließung von Absatzmärkten, kurzum: um eine Anpassung anderer Ökonomien und Gesellschaften an die Interessen westlicher Staaten und von Unternehmen.

Die Vorstellung, Europa unterstütze durch »Entwicklungshilfe« und Direktinvestitionen die Länder des Südens bei ihrer Entwicklung, blendet aus, dass der ökonomische Vorsprung Europas auf der jahrhundertelangen Ausbeutung des Südens und seiner heutigen wirtschaftlichen Machtstellung gründet. Auch heute noch sind die Netto-Kapitalabflüsse aus Afrika weitaus größer als die Kapitalzuflüsse. Allein durch das System der Schulden wird somit ein ständiger Kapitalabfluss in die OECD-Länder gewährleistet. Über die Zinsen, die über die Jahre meist die ursprünglich geliehenen Summen bei weitem übersteigen, wird zur eigenen Entwicklung notwendiges und schwer erarbeitetes Kapital den Ökonomien der Länder des Südens entzogen. Die Frage, wer eigentlich wen entwickelt, stellt sich aus dieser Perspektive komplett spiegelverkehrt. Hieraus und aus der Kolonialschuld des Nordens lässt sich ableiten, dass die Länder des Südens eigentlich keine Schulden bei den Industriestaaten, sondern Anspruch auf Kompensationsleistungen und Reparationen haben. Der vom Norden verursachte Klimawandel verstärkt diesen Anspruch noch, denn die Folgen treffen vor allem die Menschen im Süden.

Die Alternative heißt solidarische Zusammenarbeit, deren Ziel die umfassende Souveränität aller daran Beteiligten sein muss. Solidarische Zusammenarbeit ist nicht eine ausschließliche Angelegenheit von Staaten, manchmal kann sie aus den Gesellschaften heraus erwachsen. Grundlage für eine solidarische Zusammenarbeit ist eine ehrliche Bestandsaufnahme der jeweiligen Interessen in den verschiedenen Staaten und Gesellschaften. Solidarität heißt für uns nicht, dass wir uns als vermeintliche Stellvertreter und »Helfer« für die Anliegen der Menschen im Süden einsetzen, um ihren Kampf zu führen. Solidarität heißt stattdessen, dass wir hier wie dort denselben Kampf führen, um die Veränderung der Strukturen, die die Menschen im »Globalen Süden«, also im Süden und in den Armutsregionen des Nordens, und in den Metropolen enteignen, entrechten, ausbeuten, zu erreichen. Wir wollen gemeinsam die Rahmenbedingungen für eine eigenständige Entwicklung schaffen.

## **Entwicklungszusammenarbeit: Anspruch und Wirklichkeit**

Entwicklungszusammenarbeit war von Beginn an auch ein Feld des internationalen Ringens um die Ausgestaltung ihrer Institutionen und um die Deutungshoheit über die ihnen zugrunde zu legenden Konzepte und Begriffe. Dieses Ringen ist so komplex wie das System der internationalen Beziehungen insgesamt: Die Fronten verliefen beispielsweise zwischen ehemaligen Kolonialmächten und unabhängig gewordenen Kolonien, zwischen Ost und West im Kalten Krieg, zwischen Industriestaaten und blockfreien Staaten und später dann aufstrebenden neuen Wirtschaftsmächten; in jedem Fall immer zwischen Nord und Süd.

Der Verlauf der Debatten bringt die internationalen Kräfteverhältnisse zum Ausdruck. Im Ergebnis wurde Entwicklung immer wieder in vom Norden vorgegebene Muster gezwängt und dadurch vielfach behindert. Trotz der beachtlichen Reform- und Anpassungsfähigkeit der internationalen Entwicklungspolitik bleiben Abhängigkeitsverhältnisse bestehen und werden auch nicht in Frage gestellt. Reformen, die vor allem an Begrifflichkeiten ansetzen, können nicht wirksam werden, wenn sich nicht auch die realen Machtverhältnisse und die Institutionen, die sie widerspiegeln, ändern. Ein Beispiel: Der mittlerweile erkämpfte Ersatz des Begriffs der »Hilfe« durch »Zusammenarbeit« verweist auf das Unbehagen mit den bisherigen Zielen und Ansätzen ihrer Umsetzung. Der grundsätzliche Bezugsrahmen wurde hierbei jedoch nie wirklich hinterfragt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges trat das Scheitern der bisherigen »Entwicklungshilfe« offen zu Tage. Es folgten großangelegte Reformversuche: 1992 in Rio die Verpflichtung der »Entwicklungshilfe« auf Nachhaltigkeit. Als neue Handlungsmaxime, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte optimal miteinander kombiniert, wurde Nachhaltigkeit in nahezu allen Lebensbereichen das neue Mantra. Der Nachhaltigkeitsbegriff wurde durch seine inflationäre Verwendung jedoch verwässert. In der entwicklungspolitischen Praxis wird darunter fast ausschließlich verstanden, ob die umgesetzten Maßnahmen und aufgebauten Institutionen auch nach Abzug der »Geber« und Berater weiter funktionieren.

Mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) der Vereinten Nationen sollten erstmals alle entwicklungspolitischen Vorhaben aufeinander abgestimmt werden. Messbare Ziele bis 2015 wurden formuliert. Über den Prozess der High-Level-Foren (HLF) mit den Erklärungen von Paris und Accra wurden Ansprüche wie Ownership, Partizipation, das Einreihen der Entwicklungsprojekte hinter nationale Entwicklungspläne und die gegenseitige Rechenschaftspflicht definiert und Nachweise über die Wirksamkeit gefordert. Die G8-Staaten verkündeten, das vor Jahrzehnten gegebene Versprechen, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, endlich einzuhalten.

Heute ist offensichtlich, dass der fortschrittliche Anspruch dieser Reformversuche nie eingelöst wurde. Zwei Beispiele:

- Die Forderung nach mehr Wirksamkeit und Effizienz birgt das Potential, grundlegende Reformen des Systems der Entwicklungszusammenarbeit, wie die Fraktion DIE LINKE sie fordert, herbeizuführen. Die Debatte um mehr Wirksamkeit krankt jedoch daran, dass die Frage bisher nur innerhalb des bestehenden Systems auf der technischen Umsetzungsebene gestellt wurde. So wurde in Busan Ende 2011 das Scheitern der sogenannten Wirksamkeitsagenda (»Aid Effectiveness Agenda«) mehr oder minder offen eingestanden.
- Die vielbeschworene »gegenseitige Rechenschaftslegung« vollzieht sich alles andere als auf Augenhöhe. Der plötzliche Entzug von Budgetzuschüssen wird weiterhin als Druckmittel genutzt, um insbesondere in der Handelspolitik die eigenen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Die Regierungen der »Empfängerstaaten« sind weniger ihrer eigenen Bevölkerung, als vielmehr den »Gebern« rechenschaftspflichtig. Ihre Armutsbekämpfungsprogramme stammen fast durchgängig aus der Feder internationaler Beratern. Das alte Schema blieb intakt: Die »Geber« sagen, wo es langzugehen hat.

Als Instrument für die weitere Arbeit nach den 2015 auslaufenden MDGs wird derzeit an *Sustainable Development Goals* (SDG) gearbeitet. Diese werden jedoch nur ein brauchbares Instrument werden, wenn sie sich vom gescheiterten Paradigma der »Hilfe« und des Anspruchs des Modelltransfers lösen und insbesondere auch die Bereiche Handel, Investitionen und Verteilung des durch wirtschaftliches Wachstum erzeugten Reichtums einschließen.

Die Fraktion DIE LINKE strebt einen Transformationsprozess an, an dessen Ende die Überwindung der Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne steht. Das Ziel ist langfristig *solidarische Zusammenarbeit*. Kurz- und mittelfristig setzen wir auf radikale Reformen des heutigen Systems der Entwicklungszusammenarbeit.

### **Entwicklung für ein gutes Leben**

Die Fraktion DIE LINKE versteht Entwicklung als Entfaltung individueller und gesellschaftlicher Potenziale hin zu mehr Autonomie, Selbstbestimmung und einem besseren Leben für alle. Innovation und Fortschritt sind nicht dazu da, Profit für Wenige zu erwirtschaften, sondern die materielle und immaterielle Lage der Mehrheit der Menschen zu verbessern.

Für DIE LINKE führt der Weg zu einer selbstbestimmten Entwicklung über den Aufbau von Strukturen, die es ermöglichen, wirtschaftliche Akkumulation vollständig selbst zu kontrollieren (»self-reliance«) und in den Dienst der lokalen, nationalen und regionalen Befriedigung der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse zu stellen. Unumgänglich ist hierbei ein vorübergehender Schutz der einheimischen Wirtschaft zur souveränen Entwicklung und einer anschließenden Integration unter fairen Bedingungen.

Eine solche Entwicklung kann, muss aber nicht in jedem Fall mit ökonomischem Wachstum verbunden sein. Das bisherige Wirtschafts- und Entwicklungsmodell basiert einseitig auf ökonomischem Wachstum und stößt zunehmend auf ökologische Grenzen. Zudem hat nicht jedes wirtschaftliche Wachstum im Kapitalismus gesellschaftlichen Nutzen, während ein großer Teil gesellschaftlich wichtiger Arbeit nicht in den Berechnungen ökonomischen Wirtschaftswachstums auftaucht. In Deutschland und anderen Industrieländern werden die Grenzen des Wachstums und die damit verbundene Kritik an dem hohen Ressourcenverbrauch zur Deckung westlicher Konsumbedürfnisse debattiert.

Diese Debatte ist wichtig, insofern sie die Grenzen und Gefahren unseres Wirtschaftssystems thematisiert und den Blick für alternative Entwicklungswege öffnet. Jedoch birgt sie als reine Wachstumskritik zugleich die Gefahr, aus einem gesicherten Lebensstandard heraus die Folgen industrieller Entwicklung zu kritisieren, ohne jedoch eigene Privilegien wirklich zu hinterfragen. Das darf nicht dazu führen, dass für den Großteil der Menschheit der Anspruch auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in Frage gestellt wird. Wir sehen daher ökonomisches Wachstum als wünschenswert an, wenn die Produktion der Güter dem Wohle der Mehrheit der Menschen dient – Wachstum ohne Entwicklung und nur zugunsten einer Minderheit lehnen wir ab.

Wir unterstützen den in Rio 1992 formulierten Anspruch eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Die Maßstäbe dafür müssen jedoch zu aller erst an den westlichen Industriestaaten und ihren global agierenden Unternehmen angelegt werden. Wir verteidigen den Anspruch von Rio 1992 auch gegen Rio 2012. Mit dem neuen Leitbild der »Green Economy« wurde der Nachhaltigkeitsgedanke dem kapitalistischen Profitstreben untergeordnet und seiner sozialen Dimension beraubt.

Die Debatte um Entwicklung und Wachstum wurde zuletzt durch das Konzept Buen Vivir aus Lateinamerika bereichert. Das Konzept gründet auf Lebensweisen indigener Gemeinschaften. Auch linke Globalisierungskritiker beziehen sich darauf. Die Fraktion DIE LINKE begrüßt, dass die Regierungen von Venezuela, Ecuador und Bolivien den Ansprüchen und Anregungen aus dem Konzept politisch Geltung verschaffen. Inwiefern sich Buen Vivir auch als Orientierung für Gesellschaften mit hochkomplexer Arbeitsteilung eignet, ist unter LINKEN umstritten. Schnittpunkte wie solidarische Gemeinschaftsgüter und die Kritik an der Kommerzialisierung der Natur bieten Anknüpfungspunkte im gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus.



## **4. Globale Umverteilung von Reichtum und Macht – Handlungsfelder für eine sozialistische Entwicklungspolitik**

Den Einfluss der Konzerne auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weltweit zu begrenzen – das ist unser Ziel. Denn wir wollen demokratische Verhältnisse in den Gesellschaften und auch in den internationalen Beziehungen. Wir haben nicht den Anspruch, Entwicklungskonzepte für andere Gesellschaften zu entwerfen. Unser Bestreben ist es, die deutsche und europäische Politik so zu verändern, dass die Mehrheit der Bevölkerung im Süden die Möglichkeit hat, ihre Gesellschaften entsprechend ihrer Bedürfnisse und nach ihren Wünschen selbstbestimmt zu entwickeln. Damit alle Menschen ihr Recht auf Entwicklung wahrnehmen können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Und die werden zum großen Teil durch die deutsche und EU-Politik gesetzt. Diese Politik wollen wir verändern.

### **4.1 Kasino schließen – Finanzmärkte regulieren**

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Regulierung der Finanzmärkte ein. Dazu schlagen wir vor: Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV, drastische Beschränkung und Verbot von riskanten Finanzinstrumenten und Kreditverbriefungen, Rücknahme der Zulassung von Hedgefonds, Einführung von Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen, Vergesellschaftung von Banken.

Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Auf internationaler Ebene ist darüber hinaus eine Reform des Währungssystems erforderlich, um die Abhängigkeit der Wechselkurse von spekulativen Kapitalbewegungen zu beenden. Es müssen Zielzonen für die Wechselkurse eingerichtet werden, um den Welthandel zu stabilisieren. Steueroasen müssen geschlossen werden. Dabei zeigen wir nicht zuerst auf andere, denn wir wissen: Eine der größten Steueroasen ist Deutschland. Deutsche Banken ziehen dank restriktiver Handhabung des Bankgeheimnisses in erheblichem Umfang Kapitalanleger aus dem Süden und aus den südeuropäischen Krisenstaaten an, die Steuern umgehen wollen.

Die parteiübergreifende Empörung über Steuerhinterziehung steht leider im deutlichen Widerspruch zur EU-Handelspolitik. Wir weisen den Versuch der EU zurück, durch den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten, die weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen enthalten, mögliche Schritte zu einer Regulierung der Finanzmärkte zu unterlaufen. Die Fraktion DIE LINKE wird sich der Ratifizierung von solchen Verträgen im Bundestag widersetzen und ruft auch alle anderen Parlamentarier dazu auf, mit Nein zu stimmen. Handelsabkommen dürfen nicht zur weiteren Liberalisierung und Deregulierung auf dem ohnehin schon entfesselten Finanzmarkt führen.

Um die Nahrungsmittelkrise wirksam zu bekämpfen und Ernährungssouveränität herzustellen, muss die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten werden. Dazu müssen die Agrarmärkte mittelfristig von den Finanzmärkten getrennt und muss ein nicht-marktbasiertes Verteilungssystem für Nahrungsmittel aufgebaut werden. Kurzfristig treten wir für eine strenge Regulierung ein, etwa durch die Standardisierung der Derivatkontrakte, die Einführung von Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff. Der OTC-Handel mit Agrarrohstoffderivaten muss komplett verboten werden. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass staatliche, international koordinierte und kontrollierte Nahrungsmittelreserven forciert werden, um der Volatilität auf den Agrarmärkten zu begegnen und auf Nahrungskrisen reagieren zu können.

Wir gehen davon aus, dass die Finanztransaktionssteuer, für die DIE LINKE seit vielen Jahren kämpft, nun bald eingeführt wird. Wir setzen uns gemeinsam mit vielen Entwicklungsorganisationen dafür ein, dass das Aufkommen aus der Steuer – laut DIW rund 10 Mrd. Euro jährlich allein in Deutschland und 57 Mrd. Euro europaweit – vorrangig in die weltweite Armutsbekämpfung fließt.

#### **4.2 Für faire Handelsbeziehungen**

Alle Handelsabkommen der EU müssen einen fortlaufenden menschenrechtlichen Prüfmechanismus enthalten, der die sozialen Auswirkungen des Abkommens, etwa auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation in den Partnerländern, untersucht und gegebenenfalls Anpassungen ermöglicht. Auf Liberalisierungsforderungen muss verzichtet werden.

Die Verhandlungen der EU mit Indien und den AKP-Staaten sind zu unterbrechen, die Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru sowie das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika auszusetzen. Die Verhandlungsmandate der EU-Kommission müssen neu entwicklungsförderlich formuliert werden. Die Verhandlungen müssen transparent, unter Beteiligung der Parlamente und unter Anhörung der Interessensvertretungen betroffener Bevölkerungsgruppen geführt werden. Lobbying und Korruption durch Konzerne und Unternehmensverbände muss Einhalt geboten werden. Innerhalb der EU sind Initiativen zur Begrenzung dieses Einflusses auf den Weg zu bringen.

Private wie öffentliche Investitionen in den Ländern des Südens müssen die Entwicklungsinteressen nachweisbar berücksichtigen. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich deshalb für ein alternatives entwicklungsförderliches Investitionsrahmenabkommen der EU und den Aufbau eines internationalen Investitionsregimes für zukunftsfähige Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen ein.

Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen unterworfen werden. Die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards muss gewährleistet sein. Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale

Unternehmen ein. Betroffene aus den Ländern des Südens sollen gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten klagen können. Zudem ist ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland erforderlich, um Konzerne für Menschenrechtsverletzungen im Süden belangen zu können.

Das System der Handelspräferenzen muss so reformiert werden, dass gerade der Handel mit veredelten Produkten aus den Ländern des Südens gefördert wird. Die Gewährung von Handelspräferenzen der EU darf nicht an den Zugang zu Rohstoffen in den Partnerländern gekoppelt werden.

### **4.3 Rohstoffe für eine eigenständige Entwicklung nutzen**

Die Fraktion DIE LINKE lehnt eine Rohstoffpolitik, die Kriege und Bürgerkriege fördert und vom Geist des Neokolonialismus getragen ist, strikt ab. Die Rohstoffe in den Ländern des Südens gehören nicht uns. Die internationale Rohstoffpolitik muss einen fairen Ausgleich zwischen dem Bedarf der rohstoffarmen Industrieländer und den Entwicklungserfordernissen der Rohstoffländer schaffen.

Entwicklungspolitische Handlungsspielräume der Rohstoffländer dürfen nicht beschnitten werden. Im Gegenteil müssen diese Länder dabei unterstützt werden, ihre Rohstoffe selbstbestimmt für die eigene Entwicklung zu nutzen. In Lateinamerika haben linke Regierungen, z.B. in Venezuela, Ecuador und Bolivien, die nationale Souveränität über ihre Rohstoffe zurückgewonnen und leiten die Einnahmen aus dem Rohstoffabbau in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder. Der Handel mit Rohstoffen wird zwischen ihnen in solidarischer Weise organisiert, etwa in Energiepartnerschaften, die wiederum mit sozialen Projekten verbunden sind. Solche Ansätze müssen vom Norden unterstützt und zum Vorbild genommen werden, anstatt sie wie bislang zu torpedieren.

Wir wollen die Rohstoffstrategie der Bundesregierung durch einen Ansatz ersetzen, der nicht den Zugriff der deutschen und europäischen Industrie auf noch mehr Rohstoffe, die in Drittstaaten lagern oder hergestellt werden, zum Ziel hat, sondern stattdessen auf die Verringerung des Ressourcenverbrauchs in Deutschland und Europa ausgerichtet ist. In Europa und in der Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens wollen wir auf die dezentrale und verbrauchernahe Gewinnung regenerativer Energien und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern setzen. Es muss ausgeschlossen werden, dass der Handel mit Rohstoffen Gewaltkonflikte in den rohstoff erzeugenden Ländern hervorruft, verlängert oder unterstützt.

Technologietransfer soll die wirtschaftliche Diversifizierung in den von Rohstoffexporten abhängigen Ländern unterstützen. Das schließt die Weiterverarbeitung der Rohstoffe in den Förderländern ein.

#### **4.4 Solidarische Zusammenarbeit statt Bevormundung**

Vor dem Hintergrund jahrhundertelanger kolonialer und post-kolonialer Ausbeutung haben die Länder des Südens einen Anspruch auf Finanztransfer von Nord nach Süd. Die Menschen dort haben außerdem den Anspruch darauf, die Mittel aus diesem Transfer eigenverantwortlich und nicht unter der Aufsicht und nach den politischen Maßgaben der sogenannten Geberländer in ihre selbstbestimmte Entwicklung zu investieren. Diese Transfers z.B. in Form von Budgetzuschüssen müssen rechtsverbindlich werden, damit sie nicht als Druckmittel, durch Androhung ihres plötzlichen Entzugs, eingesetzt werden können.

Wir wollen nicht, dass noch mehr Entwicklungsgelder zu noch mehr Kontrolle und Einfluss des Nordens auf die Entwicklung im Süden führen. Deshalb befürwortet die Fraktion DIE LINKE die Einrichtung eines Kompensationsfonds bei den Vereinten Nationen für koloniale Ausbeutung und Klimawandel. Wir befürworten außerdem multilaterale Programme wie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose. Sie müssen demokratisch verwaltet und eng an die zuständigen Fachorganisationen der Vereinten Nationen angebunden sein.

Wir setzen uns für starke, gut funktionierende staatliche Strukturen ein, die den Zugang zu Existenzsicherung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Altersversorgung garantieren. Der Aufbau solcher staatlicher Strukturen der Daseinsvorsorge muss vorrangiges Ziel der Zusammenarbeit sein und vor den Interessen privater Anbieter und Versorger geschützt werden. Modelle der Öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP), die in deutschen Kommunen schon viel Schaden angerichtet haben, dürfen nicht über die Entwicklungszusammenarbeit in die Länder des Südens exportiert werden.

Unter der Maßgabe einer veränderten Schwerpunktsetzung für eine andere Entwicklungszusammenarbeit fordert die Fraktion DIE LINKE die Aufstockung der Entwicklungsfinanzierung. Wir wollen den Haushalt des BMZ bis zum Ende der 18. Wahlperiode auf das Doppelte anheben. Spielräume dafür sehen wir innerhalb des Bundeshaushaltes: etwa in der massiven Kürzung von Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen. Dabei soll mindestens die Hälfte der Aufstockung der multilateralen Zusammenarbeit zugutekommen, insbesondere dem zu schaffenden Kompensationsfonds der Vereinten Nationen. Die Fraktion DIE LINKE sieht zudem in Budgetzuschüssen eine geeignete Möglichkeit, steigende Transfermittel abfließen zu lassen und zugleich die Eigenverantwortlichkeit der Partner zu stärken.

#### **4.5 Ernährungssouveränität durchsetzen**

Die Vorstellung, dass sich Ernährungssicherheit über den Austausch von Nahrungsmitteln auf internationalen Märkten herstellen ließe, teilen wir nicht. Wir unterstützen das Prinzip der Ernährungssouveränität, wollen die Entwicklung lokaler Märkte fördern und nicht die landwirtschaftliche Produktion immer weiter auf die interna-

tionale Vermarktung ausrichten. Denn wo sogenannte *cash crops* (Exportpflanzen für den Weltmarkt) für die reichen Länder des Nordens wachsen, können keine Nahrungsmittel zur Versorgung der lokalen Bevölkerung angebaut werden.

Weltweit hungern fast 1 Milliarde Menschen. Steigende Grundnahrungsmittelpreise verschärfen die Situation. Sie stehen im Zusammenhang mit Flächenkonkurrenz in einer kapitalistischen Weltwirtschaft, in der beim Anbau von Nahrungsmitteln nicht die Interessen der Produzenten und Konsumenten im Mittelpunkt stehen, sondern der Profit der Händler an den Warenterminbörsen und der Investorengruppen, die im Süden in Land und Nahrungsmittelanbau investieren. DIE LINKE setzt sich gegen Landraub und für eine soziale und selbstbestimmte ländliche Entwicklung zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung ein. Die Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln wird auch durch das Vordringen des Biomasse-Anbaus gefördert. Der Import von Kraft- und Brennstoffen aus Biomasse in die Europäische Union muss deshalb verboten werden.

Wir wollen Landlose, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ihrem Kampf für eine gerechtere Land- und Ressourcenverteilung unterstützen. Wir wollen Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften wie landwirtschaftliche Kooperationen fördern, die lokale Produzentinnen und Produzenten vor Preis-Dumping, Verdrängungswettbewerb und dem Vormarsch der Gentechnik schützen.

Die Förderung des Agrobusiness kann hingegen nicht das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sein. Der zunehmenden Kooperation des BMZ mit Konzernen und privaten Stiftungen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion treten wir entschieden entgegen.

Auf die Länder des Südens darf kein Druck ausgeübt werden, ihre Agrarmärkte zu öffnen. Wir wollen die Agrarsubventionen in der EU sozial und ökologisch umlenken und jede Form von Agrarexportsubventionen abschaffen. Auch darf es keinen Druck auf die Länder des Südens geben, Fischfangquoten für europäische Länder freizugeben, die die Ernährungssouveränität dieser Länder, den Lebensunterhalt der lokalen Fischer und die Nachhaltigkeit der Fischgründe gefährden. Wir wollen die Überkapazitäten europäischer Fischfangflotten abbauen, Raubfischerei entschieden entgegenzutreten und den Aufbau von Wertschöpfung im Fischfangsektor in den Ländern des Südens unterstützen.

#### **4.6 Reform der Vereinten Nationen und der Entwicklungsbanken**

Wir wollen die Vereinten Nationen (VN) in den Internationalen Beziehungen stärken. Dies erfordert höhere Finanzierungsbeiträge ihrer Mitgliedsstaaten. Gerade die Bundesregierung hat sich hier zuletzt sehr zurückgehalten. Die Fraktion DIE LINKE hat in allen Haushaltsberatungen der letzten Jahre eine Aufstockung der Beiträge an die Vereinten Nationen, insbesondere an die entwicklungspolitischen Programme, gefordert.

Zugleich halten wir eine Reform der VN und ihrer Unterorganisationen für unerlässlich. Häufig schaffen die VN eine Parallelwelt des Wohlstands in armen Ländern. Durch den Einsatz einer großen Zahl hochbezahlter internationaler ExpertInnen verändern sie vor Ort die Preise für Lebensmittel, Mieten etc. Die hohen Gehälter, mit denen der öffentliche Dienst nicht konkurrieren kann, ziehen gut Ausgebildete ab. Stattdessen müssten die Strukturen der jeweiligen Gesellschaften so gestärkt werden, dass sie gut ausgebildete und engagierte Menschen anziehen und absorbieren können. Für besonders kritikwürdig halten wir zivil-militärische Einsätze wie MINUSTAH in Haiti, die zivile Aufbauhilfe und militärische Besatzung verbinden.

Der vielfach zu beobachtenden Aufblähung der VN-Apparate vor Ort und damit verbundener Doppelung von Verantwortlichkeiten muss entgegengewirkt werden. Wir brauchen eine klare Aufgabenverteilung unter den VN-Unterorganisationen, z.B. zwischen World Food Programme und FAO, um die Wirksamkeit zu erhöhen.

Um die Vereinten Nationen hinsichtlich ihrer Kompetenz in Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu stärken und damit globale Entscheidungsprozesse in diesen Belangen weg von selbstmandatierten Zirkeln wie G8, G20 oder Weltwirtschaftsforum, zu verlagern, bedarf es zum anderen institutioneller Reformen. Die Industrieländer lehnen eine solche Demokratisierung weltwirtschaftlicher Entscheidungsprozesse ab. Die Fraktion DIE LINKE hatte zum Rio+20-Gipfel unsere Forderung nach Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) und der UNCTAD wiederholt und außerdem die Gründung einer in die Vereinten Nationen integrierten Kartellbehörde zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen angeregt.

Den reformierten Vereinten Nationen muss eine führende Rolle bei der Schaffung einer neuen Finanzarchitektur zukommen. Wir treten dafür ein, die Weltbank und den IWF unter das Dach der Vereinten Nationen zu stellen und durch eine weitere Stimmrechtsreform (1 Stimme pro Mitglied) zu demokratisieren.

#### **4.7 Aktive Friedenspolitik**

Entwicklungspolitik muss Teil einer aktiven Friedenspolitik sein. Frieden und Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille – wo Gewalt herrscht, wird Entwicklung behindert und wo Armut und Ungerechtigkeit herrschen, wird der Boden für Gewaltkonflikte bereitet. Das Konzept der »Vernetzten Sicherheit«, mit dem außen- und entwicklungspolitische Akteure in eine vorwiegend militärisch dominierte neue »Sicherheitsarchitektur« eingebunden werden sollen, lehnen wir ab. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in eine Aufstandsbekämpfungsstrategie, wie etwa in Afghanistan, verhindert Entwicklung, widerspricht dem Gebot der Neutralität und gefährdet sowohl die Bevölkerung als auch internationale MitarbeiterInnen von Entwicklungs- und Hilfsorganisationen.

Entwicklungszusammenarbeit darf nicht sicherheitspolitischen oder geostrategischen Zielen untergeordnet werden. Die Zusammenarbeit der GIZ mit Sicherheitsorganen, auch wenn sie über den kommerziellen Unternehmensteil IS läuft, ist einzustellen. Wir sind für die Verankerung einer Zivilklausel in die Gesellschafterverträge der deutschen Durchführungsorganisationen.

Die Kooperationsvereinbarung der staatlichen Entwicklungsorganisation GIZ mit der Bundeswehr muss aufgehoben werden. Gemeinsam mit vielen Entwicklungsorganisationen fordern wir ein Ende der Vermischung von zivilem Engagement und militärischer Besatzung. Schluss mit der »zivil-militärischen Zusammenarbeit«!

Stattdessen brauchen antimilitaristische Friedenskräfte vor Ort unsere Solidarität und Unterstützung, die sich um lokale und regionale Konfliktlösungen bemühen und gegen militärische Interventionen von außen und Besatzung kämpfen.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist für uns ein wichtiges Programm zur Förderung von Konfliktbearbeitung, Gewaltprävention und Versöhnungsprozessen. Seine Wirksamkeit könnte noch verbessert werden, wenn die Zahl der eingesetzten Friedensfachkräfte pro Land steigt und der ZFD selbst internationaler wird. Deswegen setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der Mittel für den ZFD ein und wollen einen Impuls für die Schaffung eines europäischen und eines afrikanischen ZFD geben.

Mit einer konfliktensiblen Zusammenarbeit wollen wir dezentrale Strukturen der Gewaltprävention wie lokale Friedensnetzwerke, MenschenrechtsverteidigerInnen oder zivile Frühwarnsysteme stärken. Beim Aufbau solcher Strukturen kommt es darauf an, die demokratische Partizipation der Bevölkerung und ihre Fähigkeiten zur Konflikttransformation zu stärken. Die besonderen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Frauen müssen in allen Projekten zur Friedensförderung berücksichtigt werden. Ihre Beteiligung an Entwicklungs- und Friedensprozessen ist in allen Programmen verbindlich festzuschreiben. Alle Programme und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit müssen fortlaufend daraufhin überprüft werden, ob sie dazu beitragen, Konflikte zu verschärfen und Gewalt zu provozieren.

#### **4.8 Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen stärken**

Die Fraktion DIE LINKE fordert eine Flüchtlings- und Migrationspolitik ohne Repression. Alle Flüchtlinge müssen Zugang zu fairen Asylverfahren haben. Die Grenzagentur FRONTEX wollen wir auflösen und das rücksichtslose Hin- und Herschieben von Schutzsuchenden nach dem ungerechten Prinzip, dass der Ersteinreisestaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist (Dublin II-Verordnung), abschaffen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern lehnen wir ab und setzen uns für die Unterbringung in Wohnungen ein. Benachteiligende Regelungen und Gesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht und Arbeitsverbote wollen wir

abschaffen und den Zugang zu Integrationsmaßnahmen auch für Asylsuchende sicherstellen. Für hunderttausende »Illegale« wollen wir elementare Menschenrechte wie Schulbildung und die ärztliche Behandlung sichern, die behördliche Meldepflicht aussetzen und Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.

Wir wollen die Migrationspolitik so gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Migrierenden und den Entwicklungsinteressen der Herkunftsländer gerecht wird, anstatt sie auf Kapitalinteressen auszurichten, wie das im EU-Konzept der zirkulären Migration geschieht. Überweisungen in die Heimat, Familiennachzug und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen müssen erleichtert, die volle Bewegungsfreiheit zwischen alter und neuer Heimat hergestellt werden.

Die Armen in der EU dürfen nicht gegen die Ärmsten, die Einheimischen nicht gegen die ImmigrantInnen ausgespielt werden. Die Entrechtung und Ausbeutung von migrantischen Arbeitskräften in der EU bleibt nicht ohne Folgen für die Arbeitsverhältnisse auch von Nicht-MigrantInnen. Bei allen spezifischen Problemlagen glauben wir deshalb: Es gibt ein gemeinsames Interesse der Lohnabhängigen – MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen. Die Fraktion DIE LINKE legt deshalb Wert darauf, den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit gemeinsam mit den Gewerkschaften zu führen.

#### **4.9 Andere Institutionen für eine solidarische Zusammenarbeit**

Entwicklungszusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass sich das Machtgefälle zwischen Nord und Süd wiederholt und koloniale Beziehungen reproduziert werden. Anmaßung darf in der Zusammenarbeit keinen Platz haben. Nicht deutsche Beraterinnen und Berater, sondern die Menschen vor Ort selbst wissen am besten, wie sie ihre Gesellschaften weiterentwickeln wollen und können. Insofern sind alle Einsätze von Beraterinnen und BeraterInnen auf den Prüfstand zu stellen. Die Entsendung von Beratern sollte nur noch auf Nachfrage durch bestehende Institutionen und Organisationen der Partnerländer erfolgen und zum Großteil sollten diese sich in die bestehenden Strukturen einfügen und vornehmlich diesen Rechenschaft schuldig sein.

Der Transfer von Knowhow und Technologie ist auszubauen, doch die Verbreitung der neusten entwicklungspolitischen Paradigmen von deutschen Universitäten an die Menschen im Süden muss kritisch hinterfragt werden. Projekte und Programme sollen ausschließlich unter der Federführung und nach den Vorstellungen der Partner durchgeführt werden.

Wir sind für ein eigenständiges BMZ und für die BMZ-geleitete ODA-Koordinierung. Darüber hinaus muss die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Mitverantwortung durch andere Politikressorts über die frühe Einbeziehung des BMZ in Gesetzesvorhaben anderer Ministerien sowie durch fortlaufende entwicklungspolitische Wirkungsbeobachtung durchgesetzt werden. Dafür muss das Ministerium eine Art Kontrollrecht gegenüber den anderen im Süden tätigen Ministerien bekommen, bestenfalls ein Vetorecht.



Die ODA-Kriterien selbst müssen stark überarbeitet werden, um insbesondere nicht nur die Kapitalflüsse von Nord nach Süd, sondern auch von Süd nach Nord angemessen zu berücksichtigen. Ebenso darf Schuldenerlass nicht weiter auf die ODA-Quote angerechnet werden, da auch kein zusätzliches Kapital fließt. Letztlich sollte auch ODA durch eine Übertragung von der OECD auf die UNO transformiert und demokratisiert werden, um die Einbindung von Süd-Perspektiven auf der konzeptionellen Ebene sicherzustellen.

Entwicklungsfinanzierung und Außenwirtschaftsförderung sind klar zu trennen: In diesem Sinne sollen die Entwicklungsbank und die DEG aus der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) herausgenommen und als eigenständige Anstalt öffentlichen Rechts zusammengefasst werden. Die Funktion der DEG wäre dann allein die Gewähr des Zugangs zu Kapital für Entwicklungspläne und -projekte, die den lokalen, nationalen und regionalen Prioritäten des Empfängerlands und/oder seiner Unternehmen dienen. Damit würde sie sich dann größtenteils auf die Unterstützung lokaler KMU-Betriebe beschränken, die überwiegend für den lokalen und regionalen Markt und nicht für den Export in die EU produzieren.

Mittelfristig ist zu prüfen, inwiefern die Durchführung der technischen Zusammenarbeit ebenfalls in einer Anstalt öffentlichen Rechts bzw. der gesamten Zusammenarbeit durch eine Behörde im BMZ abgewickelt werden kann.

Die GIZ hat 11.000 nationale Mitarbeiter in den Partnerländern. Aber fast alle Führungspositionen und Expertenstellen sind deutschen Mitarbeitern vorbehalten. Wir sind der Meinung, dass es der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit zuträglich wäre, wenn mehr Frauen und Männer aus den Partnerländern in Führungsgremien der Durchführungsorganisationen säßen.

#### **4.10 Inlandsarbeit verstärken – anti-kolonial und anti-rassistisch**

Deutschland hat eine koloniale Vergangenheit, die immer noch viele Bilder prägt, die wir uns von den Gesellschaften im Süden machen. Rassismus gehört leider immer noch zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland kann viel dazu beitragen, ein kritisches Verständnis für diese Zusammenhänge zu fördern. Allerdings wurde sie in den letzten Jahren knapp gehalten, zusätzlich durch Auflagen in ihren Möglichkeiten beschränkt und kritische Inhalte verhindert. Die Bundesregierung ist zunehmend dazu übergegangen, die stagnierenden Mittel für ihre Selbstdarstellung zu nutzen.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Inlandsarbeit und dafür ein, dass die Mittel den freien Trägern ohne Sonderfazilitäten und ohne Zugriff durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.

Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands muss stärker in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verankert werden. Die

Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung einer Kommission ein, die unter Beteiligung von ExpertInnen aus ehemaligen Kolonien Schulbücher und Curricula in diesem Sinne bearbeitet. Darüber hinaus treten wir für die breite Verwendung von antirassistischen pädagogischen Konzepten ein. Weiterhin wird sich DIE LINKE für die Umbenennung von Straßen- und Kasernennamen einsetzen, die auf kolonial belastete Personen zurückgehen.

### **Gemeinsam für eine gerechte Welt – Alternativen aus dem globalen Süden aufgreifen**

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich in der Millenniumserklärung von 2000 das Ziel gesetzt, die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bis 2015 zu halbieren – von damals 840 Millionen auf 420 Millionen. Heute gelten über eine Milliarde Menschen als arm. Dass dies im 21. Jahrhundert geschieht, offenbart das Versagen der kapitalistischen Weltordnung. Diese Weltordnung zu überwinden, ist Teil einer internationalen Entwicklungspolitik, die Hunger und Armut beseitigt. Wichtige Bündnispartner der Fraktion DIE LINKE sind dabei weltweit soziale, ökologische und antimilitaristische Bewegungen.

Die von uns vorgeschlagenen Veränderungen sind notwendig. Aber sie werden nicht einfach zu erreichen sein, denn sie wären mit dem deutlichen Verlust an Kontrolle für die Konzerne und ihre Lobbyisten verbunden. Wir brauchen Bündnispartner. In diesem Sinne laden wir Abgeordnete anderer Fraktionen, entwicklungspolitische Gruppen, Solidaritätsinitiativen, die Kirchen und Gewerkschaften dazu ein, kritisch, solidarisch, aber gemeinsam für eine andere Welt zu streiten.

Wir brauchen die Solidarität zwischen den Menschen, die für dieses zerstörerische Weltwirtschaftssystem bezahlen – im Norden wie im Süden. Entwicklungspolitik heißt für uns zuallererst internationale Solidarität im Kampf für eine gerechte Weltwirtschaft.







[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)